

Indifferenz oder Irritation?

Politische Soziologie und politische Praxis

Ein interessanter Aspekt im Verhältnis der Soziologie zu ihren Forschungsgegenständen betrifft die Anwendung soziologischen Wissens. Wie andere Wissenschaften muss die Soziologie davon ausgehen, dass ihr Wissen handlungsrelevant wird und den Gegenstand verändern kann. Zusätzlich kann sie die Art und Weise, in der dies geschieht, im Rahmen einer »Verwendungsforschung« systematisch reflektieren (Beck 1982; Beck, Bonß 1989). Kaum ein anderer Bereich eignet sich besser, um die Grenzen und Möglichkeiten der Verwendung soziologischen Wissens zu beobachten, als die Politik (Merton 1976; Ronge 1996).

Was also sagt die politische Soziologie der Politik – und womit findet sie Gehör? Diese Frage wurde aktuell, als mich vor einigen Jahren ein Mitglied eines Landesparlaments darum bat, auf den Stand soziologischer Erkenntnis gebracht zu werden. Die Anfrage war nicht motiviert durch Hoffnungen auf instrumentell verwertbare Einsichten oder auf evidenzbasierte Empfehlungen, sondern durch den Wunsch, etwas über und damit für die eigene berufliche Tätigkeit zu lernen. Es sollte daher nicht darum gehen, welche Milieus sozial- oder christdemokratisch wählen (oder gar nicht mehr), sondern um eine Art *soziologische Aufklärung* über die Stellung der Politik und der PolitikerInnen in der Gesellschaft.

Die Frage nach Begriff und Funktion des Politischen wird beispielsweise bei Bourdieu (2010), Habermas (1992) und Luhmann (2000; 2010) sehr unterschiedlich beantwortet. Das Verhältnis von Politik und Gesellschaft beschreiben sie jedoch in manchen Aspekten durchaus ähnlich – und wenig schmeichelhaft für die Praktiker: Nicht Bürgernähe, sondern der Ausschluss der Laien konstituiert das politische Feld; die Rationalität hat ihren Sitz – wenn überhaupt – nicht im Parlament und schon gar nicht in der Verwaltung, sondern in der Zivilgesellschaft; die Hoffnung auf gesellschaftliche Steuerung durch die Politik ist eine Illusion, die an der Logik funktional differenzierter Teilsysteme Schiffbruch erleidet (für einen Überblick siehe Holzer 2015).

Bereits diese wenigen Argumente, die um weitere ergänzt werden könnten, deuten darauf hin, dass die Politische Soziologie als Daumendrücker und Zitatenschatz für politische Sonntagsreden denkbar ungeeignet ist. Das ist nicht überraschend, denn soziologisches Wissen zeichnet sich allgemein

durch seine Distanz zu Selbsteinschätzungen und -beschreibungen aus. Während man beispielsweise im Verhältnis von Politik und politischer Theorie noch von einem »Plausibilitäts-« und »Motivationskontinuum« (Kieserling 2004) ausgehen kann, bewährt sich die soziologische Perspektive in ihrer Inkongruenz: Sie beobachtet Zusammenhänge, die im Gegenstandsbereich latent bleiben, und kann und muss diese auch dann thematisieren, wenn sie das Selbstverständnis und die Motive der Handelnden in Frage stellen.

Doch die scheinbare Überlegenheit der Soziologie – »ich sehe was, was Du nicht siehst« – wird schnell brüchig, wenn man sich verdeutlicht, dass beinahe alle Einwände und Vorbehalte gegen die Politik natürlich längst in dieser selbst Thema sind – und von vielen Praktikern geteilt werden. Manche gestehen achselzuckend zu, dass sie oft wenig bewegen können – *there is no alternative*; andere wollen die Grenzen des Mach- und Entscheidbaren verschieben. Nur in den seltensten Fällen ist es jedoch so, dass die politische Soziologie als Überbringer schockierender Neuigkeiten wahrgenommen wird. Sollte ihr das zu denken geben?

Zunächst ist zu konstatieren: Die soziologische Analyse der Politik ist sowieso nicht das, was von der Soziologie erwartet wird. Politiker wünschen keine Aufklärung über ihr eigenes Metier, sondern über die Gesellschaft. Zwischen der soziologischen Analyse der Politik und jener anderer gesellschaftlicher Teilbereiche herrscht ein »Resonanzgefälle« (Kieserling 2004: 89): Im Spiegel soziologischer Erkenntnisse erkennt die Politik sich entweder wieder (dann sind sie nicht informativ) – oder nicht (dann werden sie als wirklichkeitsfremd empfunden). Interessanter und anschlussfähiger sind soziologische Erkenntnisse über andere Bereiche der Gesellschaft. Doch mit der ihr zugeschriebenen Zuständigkeit für die Gesellschaft hat die Soziologie ihre Schwierigkeiten: Zwar beteiligt sie sich munter am losen Gerede über *die* Gesellschaft, doch ist sie schon lange außerstande, jenseits von Zeitdiagnosen ein präzises und klar umrissenes Bild dieser Gesellschaft zu zeichnen. Dementsprechend hat man den Eindruck, dass der Stellenwert soziologischer Erkenntnis für politische Entscheidungen in den letzten Jahrzehnten eher gesunken als gewachsen ist: Ungleichheitsfragen zum Beispiel werden zunehmend im Rückgriff auf wirtschaftswissenschaftliche Expertise beantwortet. Zurück bleiben Querschnittsthemen wie Migration, bei denen soziologische Forschung immerhin (auch) eine Rolle spielt.

Doch zurück zur politischen Soziologie: Was könnte sie der Politik anbieten, wenn diese sich über soziologische Analysen der Gesellschaft hinaus

für Selbsterkenntnis interessierte? Angesichts einer offensichtlichen (und soziologisch nachvollziehbaren) Abwehr gegen eine umfängliche Selbstsoziologisierung trifft die grundsätzliche Durchleuchtung und Hinterfragung politischen Handelns auf geringe Resonanz. Zweck-/Mittel-Verschiebungen, Rationalitäts- und Steuerungsdefizite sind grundsätzlich keine Neuigkeiten.

Produktiver für einen Dialog zwischen politischen Akteuren und soziologischen Beobachtern sind Themen, die nicht die Virtuosen der politischen Macht in den Vordergrund stellen, sondern die politischen Laien und ihren Zugang zur Politik, das heißt Fragen politischer Sozialisation und Inklusion. Diese betreffen erstens die Besonderheiten politischer Karrieren, für die im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen keine Ausbildung vorgesehen ist: Liegen hier nicht bislang ungenutzte Möglichkeiten, der oft beklagten Entfremdung der »politischen Klasse« durch häufigere Rollenwechsel zu begegnen? Dass nicht die Leistungs-, sehr wohl aber die Publikumsrollen der Politik ein Gegenstand systematischer Erziehung sind, sollte hierfür eigentlich günstige Ausgangsbedingungen schaffen. Dies führt, zweitens, zur Frage politischer Bildung: Schon Theodor Geiger (1950: 9) kritisierte die bis heute übliche Form der Staatsbürgerkunde als eine »politische Selbstverherrlichung«, die sich in der affirmativen Institutionenlehre demokratischer Politik erschöpfe. Soziologisches Wissen hingegen könnte helfen, überzogene Erwartungen an politische Institutionen zu dämpfen – und Enttäuschungen zu vermeiden, die zu Vertrauensverlusten führen.

Einer zu einseitigen (Selbst-)Darstellung der Politik entgegenzuwirken, ist eine genuine Aufgabe der politischen Soziologie. Sie muss damit jedoch nicht primär die politischen Experten informieren oder irritieren, sondern vor allem die politischen Laien.¹ Die besten Aussichten auf Resonanz hat die Politische Soziologie deshalb, wenn sie zunächst ihr Fachpublikum, dann die Öffentlichkeit und die Politik als Adressaten im Auge hat. Mit einer Umkehrung dieser Reihenfolge, etwa indem die Politische Soziologie die Darstellung ihrer Erkenntnisse oder sogar ihre Forschung grundsätzlich an den Bedürfnissen politischer Entscheidungen orientierte, wäre niemandem gedient. Das schließt nicht aus, auf Nachfrage und bei entsprechendem Interesse auskunftsfreudig zu sein.

Boris Holzer

Literatur

- Beck, U. (Hg.) 1982: *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Soziale Welt. Sonderband 1.* Göttingen: Otto Schwartz.
- Beck, U., Bonß, W. (Hg.) 1989: *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2010: *Das politische Feld.* In P. Bourdieu, *Politik. Schriften zur politischen Ökonomie 2.* Konstanz: UVK, 97–112.
- Geiger, T. 1950: *Fachbezogenes Bildungswissen. Kritik am Gutachten des Studienausschusses für Hochschulreform.* Deutsche Universitätszeitung, 5. Jg., Heft 4, 6–9.
- Habermas, J. 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Holzer, B. 2015: *Politische Soziologie. Eine Einführung.* Baden-Baden: Nomos (UTB).
- Kieserling, A. 2004: *Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung. Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2000: *Die Politik der Gesellschaft.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2010: *Politische Soziologie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Merton, R.K. 1976: *Social Knowledge and Public Policy.* In R.K. Merton, *Sociological Ambivalence and Other Essays.* New York: Free Press, 156–179.
- Ronge, V. 1996: *Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung.* In H. von Alemann, A. Vogel (Hg.), *Soziologische Beratung: Praxisfelder und Perspektiven. IX. Tagung für angewandte Soziologie.* Opladen: Leske + Budrich, 135–144.

¹ Und zu diesen gehören auch die meisten Soziologinnen und Soziologen.